

Chronik des Tages.

— Reichspräsident und Reichskanzler haben zum Abschied des Großindustriellen Thyssen ihr Beileid ausgesprochen.

— Der Reichspräsident ist von seinem Osteraufenthalt in Groß-Schwilpen wieder in Berlin eingetroffen.

— Der Reparationsagent Gilbert hat gegen den Aufschub der Biersteuererhöhung protestiert.

— Die politische Lage in China hat eine Wendung erfahren. Die Kämpfe ruhen fast ganz.

— In Kalkutta kam es zwischen Hindus und Mohammedanern zu schweren Kämpfen, in deren Verlauf man 50 Tote und 600 Verwundete zählte. Das Stadtrecht ist über die Stadt verhängt worden.

— Im Berliner Zentralflughafen Tempelhof erfolgte am Osterdienstag der erste fahrplanmäßige Start der Deutschen Luftflotte in diesem Jahre.

Die russischen Kredite.

Wenn auch das Steuermilderungsgesetz eine ganz erhebliche Verminderung der wirtschaftlichen Lasten bedeutet, so ist damit das Hauptwirtschaftsproblem, der Außenhandel, doch nicht berührt. Das unserer Wirtschaft vor allem nottut, ist das pulsierende Leben in Industrie und Handel selbst. Kaum ein anderes Land aber ist für unseren Warenabfag von solcher Bedeutung wie Rußland. Und wenn Rußland als Käufer vorläufig auch wenig in Betracht kommt, so müssen wohl oder übel Kredite gewährt werden. Dies hat man an den maßgebenden Stellen erkannt. Es fragt sich nur, ob Rußland infolge dieser Kredite später in der Lage sein wird, diesen Krediten gerecht zu werden.

Ein schweres Hemmnis in dieser Hinsicht bedeutet die monopolistische Wirtschaftsreform des Staatskapitalismus in Rußland. Gerade diese Wirtschaftsreform hat ja zur Industriekrise geführt. Der Produktionsprozeß wird immer wieder gestört. Dieser Zustand ist auf drei getrennte Ursachen zurückzuführen. Erstens, weil die Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen große Mängel aufweist. Diese Unternehmungen sind daher nicht in der Lage, das Produktionsprogramm statt abzuwickeln. Die Produktionstechnik weist nicht nur keine Verbesserung, sondern einen Rückgang auf. Und endlich sind die Maschinen und Anlagen in einem so abgenutzten Zustand, daß die Möglichkeit eines Zusammenbruchs auch von dieser Seite her in bedrohliche Nähe rückt. 75 Prozent der Betriebe haben aus diesen Gründen im laufenden Wirtschaftsjahr das vorgeschriebene Wirtschaftsprogramm nicht durchführen können. Die Defizitwirtschaft der Staatsindustrie ist in den letzten zwei Jahren von 162 auf 963 Millionen Rubel angewachsen. Die Regierung ist nicht in der Lage, ihnen immer neue Mittel zuzuführen. Die Industrie sollte im Wirtschaftsjahr 1925-26 eine Milliarde Rubel erhalten. Diese Summe ist dann auf 930 und schließlich auf 747 Millionen Rubel herabgesetzt worden.

Aber selbst eine Unterstützung in diesem Umfang erscheint noch zu hoch, denn noch von einer zweiten Seite werden an die Finanzen des Landes übertriebene Anforderungen gestellt. Die Einfuhr überwiegt die Ausfuhr und muß gleichfalls vom Staat finanziert werden. Neuemissionen waren unvermeidlich. Dieser zusätzliche Geldmangel hielt der Rubelkurs nicht stand und brach zusammen. Sanierungsmaßnahmen mußten getroffen werden, doch leider wurden gleichzeitig mit diesen Maßnahmen größere Summen aus der Goldreserve des Landes für Einfuhrzwecke ausgegeben, sodaß eine tatsächliche Besserung noch nicht eingetreten ist. Aber jedenfalls greift die Regierung jetzt zu resoluten Sparmaßnahmen, um die Währung zu retten. Selbst von den bewilligten Industriekrediten werden jeweils nur 10-25 Prozent ausgezahlt. Natürlich müssen darum die Unternehmungen noch mehr eingeschränkt werden. Die Baumwoll-, die Woll-, Farben- und Fettindustrie haben ihr Produktionsprogramm um 15 Prozent gekürzt, die Metall- und Elektrizitätsindustrie um 10 Prozent, die Tee- und Kaffeeindustrie um 17 und die chemische Industrie um 9 Prozent. Etwa 70 000 Arbeiter müssen entlassen werden. Auch das Einfuhrprogramm ist um die Hälfte herabgesetzt worden.

Daß eine dauernde Gesundung der Industrie und damit der Finanzen mit Hilfe der Kredite herbeigeführt werden kann, ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten. Man vergegenwärtige sich doch nur, daß bis vor kurzem das Defizit durch Goldemissionen gedeckt wurde. Jetzt hat das aufgehört. An ihre Stelle sollen jetzt Auslandskredite treten. Also das Wirtschaftsleben auf Kosten zusätzlicher Mittel nimmt seinen Fortgang.

Sind die Kredite also gefährdet? — Nein. — Die Sowjetregierung hat in Gestalt der bäuerlichen Steuerzahler einen Rückhalt. Fast 90 Prozent der Bevölkerung sind Bauern. Leisten Endes sind sie es bis heute gewesen, die das wachsende Defizit der Staatswirtschaft, — also auch der Industrie — deckten. Auf sie wird die Sowjetregierung auch diesmal wieder zurückgreifen. Ueber genügendes Nachmittels verfügt sie heute jedenfalls. Ob und wie lange sie dazu in der Lage sein wird, das steht freilich auf einem anderen Blatt. Die neue Wirtschaftsrichtung der Sowjetregierung, die eine Aufnahme großer, langfristiger Kredite im Auslande zum Ziele hat, zwingt daher zu folgendem Schluß: Für das Ausland sind solche Kreditoperationen mit ziemlich wahrscheinlichem Erfolg durchzuführen und im Hinblick auf die darniederliegende Industrie zu begründen, aber eine Gesundung der russischen Wirtschaft werden sie kaum herbeiführen, solange dort die staatskapitalistische Wirtschaftsordnung nicht durch eine freie Wirtschaftsform ersetzt wird.

Die innere Lage.

Das Steuermilderungsgesetz nur ein Anfang. — Durchgreifende Verwaltungsreform.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und Reichsinnenminister Dr. Kälz äußerten sich in der Presse über die Lage in Deutschland. Beide Minister sind sich darin einig, daß der tiefste Punkt der Krise erreicht sei.

Nach Ansicht des Finanzministers wird infolge des

Steueraufbaues vom 1. April ab im Verhältnis zu dem bisherigen Zustand ungefähr eine halbe Milliarde Reichsmark weniger an die Reichskassen an Steuern abgeführt werden.

Das Steuermilderungsgesetz sei aber nur ein Anfang. Das Ziel des Reichsfinanzministeriums gehe weit darüber hinaus. Es solle und müsse die Aufgabe gelöst werden, in Deutschland mit seiner komplizierten Verwaltung die öffentlichen Steuerbedürfnisse der allgemeinen Steuerkraft anzupassen.

Das Steuermilderungsgesetz sei gleichsam der erste Schritt auf dem schwierigen Weg, an dessen Ende als Ziel die durchgreifende Verwaltungsreform stehe, die allein jene erhebliche Reduzierung der Lasten bringen könne, die unsere Wirtschaft und unser ganzes Volk brauchen. Zur Erreichung dieses Zieles aber werde es nicht nur des besten Willens der Regierung, sondern der vertrauensvollen Mitarbeit ganz Deutschlands bedürfen.

Vom Reichstag wird es abhängen...

Dr. Kälz äußerte sich dahin, daß die Staatsform stabilisiert sei, die Staatsregierung aber noch nicht. Die gegenwärtige Regierung sei eine gesunde Mischung von Parlamentarismus und sachlicher Organisierung. Einige Ansätze zum Besseren zeigen sich in der Wirtschaft. Sie gelte es auszubauen und zu fördern. Vom Reichstag werde es letzten Endes abhängen, mit welchem Erfolge hier praktisch gearbeitet werden kann. Bewahre er dabei die gleiche Arbeitskraft und die gleiche Disziplin wie jetzt bei dem Haushaltsjahr, das vor einigen Tagen, seit 16 Jahren erstmalig zur rechten Zeit, verabschiedet worden sei, so dürfe man mit berechtigter Hoffnung in die Zukunft blicken.

Um den Kolonialbesitz.

Keine italienisch-englischen Verhandlungen über Ostafrika?

Durch die englische Presse ging kürzlich die Behauptung, im Londoner Kolonialamt fänden Verhandlungen mit der italienischen Regierung statt, hinsichtlich der Zuteilung Deutsch-Ostafrikas an Italien. Diese Behauptung wird nunmehr von englischer Seite dementiert.

Nach Ansicht des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ sind die Behauptungen über ein mögliches Abtreten ehemaliger deutscher Kolonialbesitzes in Ostafrika an Italien unbegründet. Es seien keine englisch-italienischen Verhandlungen dieser Art gepflogen worden. Sie würden wahrscheinlich mit dem Problem der italienischen Interessen in Abyssinien, über die kürzlich zwischen London und Rom verhandelt werde, verwechselt.

Auch keine Zusagen an Deutschland.

Des weiteren äußert sich der Korrespondent des „Daily Telegraph“ über den Wunsch Deutschlands auf Kolonien zu verzichten. Die Annahme, daß Deutschland irgend ein Versprechen hinsichtlich der Zuteilung irgend eines bestehenden Mandatsgebietes gemacht worden sei, sei nicht haltbar. Als diese Frage bei den Verhandlungen von Locarno angeschnitten worden sei, sei den deutschen Delegierten klar zu verstehen gegeben worden, daß Deutschland, sobald es Mitglied des Völkerbundes werde, natürlich wie alle anderen Völkerbundmitglieder das Recht bekomme, einen Antrag zu stellen, ein freiverwendbares oder neues Mandat zuteilt zu erhalten. Es sei aber niemals die Rede von einer sofortigen Mandatszuteilung gewesen. Das müsse sehr klar zum Ausdruck gebracht werden, um neue Mißverständnisse in Genf im September zu vermeiden. (1)

Tschitscherin gegen Chamberlain.

Rußland für eine deutsch-französische Annäherung.

Der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, äußerte sich Pressevertretern gegenüber über die aktuellen Fragen der Politik und behauptete, Rußland sei keineswegs gegen die Abrüstung als solche, nur gegen die Teilnahme an der Konferenz auf schweizerischem Boden. Die Mächte scheinen überhaupt das Abrüstungsproblem nicht ernst zu nehmen, sonst würde es gewiß schon weiter geziehen sein. Genf hätte den Völkerbund völlig in Mißkredit gebracht und Chamberlain versuche, in Europa die Rolle eines Diktators und Schiedsrichters zu spielen. Sein ganzes Streben sei, eine Einheitsfront gegen Rußland zustande zu bringen.

Ueber die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich meint Tschitscherin, Rußland könne nur wünschen, daß eine solche Annäherung stattfinden möchte, — und eine solche direkte Verständigung sei jetzt, nach dem Bruch von Genf das gegebene, denn dies sei die beste Gewähr für den europäischen Frieden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. April 1926.

:: Arthur von Gwinner 70 Jahre alt. Der langjährige Direktor und jetzige stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner, beging am 6. April seinen 70. Geburtstag. Der Reichskanzler sandte ein Glückwunschtelegramm.

:: Das Reichsschulgesetz. Der Reichsinnenminister Dr. Kälz hat auf eine Eingabe des „Volkstümlichen Vaterlandes“ für Sachsen, wegen des Reichsschulgesetzes dahingehend geantwortet, daß an dem Entwurf mit allen Mitteln gearbeitet werde, um baldigt die Vorlage zu ermöglichen.

:: Der Reparationsagent gegen den Aufschub der Biersteuererhöhung. Obwohl die Anträge auf Befreiung der am 1. April geplanten Biersteuererhöhung infolge des Steuerkompromisses erledigt sind, ist jetzt durch ein Betö Gilberts der Aufschub zum 1. Oktober 1926 fraglich geworden. Für dieses Betö des Reparationsagenten liegt kein Grund vor; sollte er sein Betö nicht zurückziehen, so wird die Entscheidung Sache eines internationalen Schiedsgerichts sein.

Rundschau im Auslande.

§ Der Schöpfer des österreichischen Zivilprozesses und ehemalige Justizminister Dr. Franz Klein ist nach langer Krankheit im Alter von 71 Jahren gestorben.

§ Das jugoslawische Kabinett Paschitsch ist zurückgetreten, nachdem der Unterrichtsminister Raditsch und die übrigen

kroatischen Kabinettsmitglieder ihren Austritt aus der Regierung erklärt hatten.

§ Am Osterfesttag haben in einem Teile Griechenlands die Präsidentschaftswahlen stattgefunden, die eine erhebliche Stimmenmehrheit für General Pangalos ergeben haben.

Ein Opfer der Faschisten.

§ Der frühere italienische Handelsminister Amendola, der sich gegenwärtig in Cannes an der französischen Riviera aufhält, liegt im Sterben. Amendola, der nach der Vertreibung Mussis aus Italien die Führung der demokratischen Opposition übernommen hatte, wurde innerhalb der letzten beiden Jahre zweimal von Faschisten überfallen und mißhandelt. Bei dem letzten Überfall im vergangenen Sommer brachten ihm die Faschisten schwere Kopfverletzungen bei und ließen ihn im bewußtlosen Zustand stundenlang hilflos liegen. Von diesen brutalen Mißhandlungen konnte sich Amendola nicht mehr erholen.

Religiöskämpfe in Indien.

Belagerungszustand in Kalkutta.

Während der Ostertage haben sich in der Hauptstadt von Britisch-Indien, Kalkutta, blutige Kämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern abgepielt. Die Zahl der Opfer beläuft sich auf 50 Tote und über 600 Verwundete. Die örtliche Behörde hat den Belagerungszustand über die ganze Stadt verhängt.

Die Zusammenstöße in Kalkutta stellen sich als die schwersten und blutigsten dar, die Indien seit Jahren erlebt hat. Wie früher, hat auch diesmal der Zwiespalt zwischen den beiden Religionen zu den Unruhen geführt. Der unmittelbare Anlaß für die heutigen Kämpfe bestand darin, daß sich eine Hindu Prozession der mohammedanischen Moschee näherte, während die Mohammedaner gerade ihren Gottesdienst hielten. Es kam sofort zu einer Handgemenge, die schließlich in einen stundenlangen Kampf ausartete. Dabei zerstörten die Mohammedaner einen Hindutempel. Die Hindus setzten darauf aus Rache die mohammedanische Moschee in Brand. Die Lage verschärfte sich noch dadurch, daß der Födel den allgemeinen Aufruhr benutzte, um die Geschäfte zu plündern und in Brand zu setzen. Erst durch ein großes Militäraufgebot wurde schließlich die Ordnung wiederhergestellt. Ueber 300 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Unruhen auch in Holländisch-Indien.

Wie aus Batavia gemeldet wird, wurde eine Abteilung der holländischen Schutztruppe in der Gegend von Atschin auf Sumatra von Eingeborenen überfallen. Ein holländischer Offizier und fünf eingeborene Soldaten wurden getötet. Die Angreifer ließen zwanzig Tote auf dem Kampfplatz zurück.

Hindenburgs Militärjubiläum.



Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, begeht heute sein 60jähriges Militärjubiläum.

Zu dieser Feier werden durch eine Fahnenkompanie des Wachregiments Berlin mit Musik die Fahnen der Regimenter des Generalfeldmarschalls, nämlich des 3. Garderegiments zu Fuß, des oldenburgischen Infanterieregiments Nr. 91 und des Infanterieregiments Generalfeldmarschall von Hindenburg (2. Nassauisches) Nr. 147 nach dem Hause des Reichspräsidenten gebracht. Um 12 Uhr findet im großen Saal des Präsidentenhauses

eine militärische Feier

statt, an welcher Abordnungen von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Traditionsregimentteile vorgenannter Regimenter, die Chefs der Heeres- und der Marineleitung, Vertreter der Reichswehr und der Reichswehrminister teilnehmen werden. Auch der Reichskanzler Dr. Luther wird dieser Feier beiwohnen. Der Reichswehrminister Dr. Gessler wird hierbei die Glückwünsche der Reichsmacht darbringen. Nach dieser Feier werden die Fahnen im Arbeitszimmer des Reichspräsidenten aufgestellt, von wo sie am nächsten Tage von einer Fahnenkompanie zur Kaserne des Wachregiments gebracht werden.

Die Wirtschaftslage im März.

Anzeichen der Besserung. Auf Grund von Berichten preussischer Handelskammern, die im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellt wurden, ist auf einzelnen Gebieten eine kleine Belebung festzustellen. Bei dem Tiefstand der Schlüsselindustrien (Stahle und Eisen) und der Landwirtschaft kann jedoch noch nicht von einer allgemeinen Besserung der Lage gesprochen werden. Die Börse scheint allerdings bei ihrer festen Haltung, die sich gegen Monatschluß noch steigerte, eine Besserung zu erwarten. Die Diskontherabsetzung der Reichsbank und die gesteigerte Geldflüssigkeit, die größere Aktivität der Handelsbilanz im Monat Februar, die Verabschiedung des Steuermilderungsgesetzes, die Abnahme der Konurse und Wechselproteste, die letzte Besserung des Arbeitsmarktes, der Rückgang der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten von 138,8 auf 138,3 sowie der Hausindexziffer von 163,4 auf 160,1, die verhältnismäßig